

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 8 86 346 pbbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten sozialpolitischen Äußerungen des Bundeskanzlers: **Blanker Zynismus.**

Seite 1

Gerd Walter MdEP plädiert für eine Zone gemeinsamer nuklearer Sicherheit in Europa: **Erster Schritt zum Aufstieg.**

Seite 3

Klaus Wettig MdEP befaßt sich mit der Lage der portugiesischen Sozialisten: **PS schafft Voraussetzungen für das Wiedererstarken.**

Seite 5

Hans Gottfried Bernath MdB fordert eine Korrektur des Paragraphen 55 des Beamtenversorgungsgesetzes: **Versorgung nicht schmälern.**

Seite 6

Robert Antretter MdB schlägt vor, bei der Bundesbahn einen Mondscheintarif einzuführen: **Viele würden auf den Zug umsteigen.**

Seite 8

41. Jahrgang / 122

2. Juli 1986

Blanker Zynismus

Zu den sozialpolitischen Äußerungen des Bundeskanzlers

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Helmut Kohl hat einen neuen Schuldigen und gleichzeitig den anscheinenden Retter für die Dinge in diesem unserem Lande gefunden, die ihn ein wenig stören - er heißt „demographischer Umbruch“.


Im heutigen Beitrag in der „Kölner Rundschau“ werden auf diese Weise kurz und bündig die Themen Ausbildungsplätze, Alterssicherung, Kinderlosigkeit abgehakt.

Gegen das Schreckgespenst „Rentnerberg“ lautet des Kanzlers Rezept „Wer länger arbeiten will, muß die Möglichkeit dazu erhalten“. Helmut Kohl nimmt nicht zur Kenntnis, daß - demographischer Umbruch hin, demographischer Umbruch her - die Zahl der erwerbsfähigen Personen bis zum Jahre 1996 gleich bleibt, daß durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit Einzelner gesamtgesellschaftlich nichts gewonnen ist. Ihn interessiert nicht das Millionenheer der Arbeitslosen, er sorgt sich vielmehr um diejenigen, die schon Arbeit haben.

Sein Beitrag gibt vor, sich ernsthafte Gedanken über die Aufgaben der nächsten Legislaturperiode zu machen. Die vier Mil-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht im Auftrag
des Sozialistischen Rotations-
Verlags-Paars 

tionen Arbeitslose werden darin mit keinem Wort erwähnt. Statt dessen warnt er vor der „Überstrapazierung des sozialen Sicherungssystems“ und bietet als Lösung dafür Wortblasen an wie „Gemeinschaftsanstrengung“, „fairer Interessenausgleich“, „Dynamik unserer Wirtschaft“.

Schließlich darf der Appell an den Kinderreichtum, den „wesentlichen Garant für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation“ nicht fehlen. Treuherzig wird hierzu sogar Adalbert Stifter als Zeuge bemüht, um dann mit der rührenden Erkenntnis echt Kohlscher Manier zu schließen: „Gegen Kinderlosigkeit in unserer Gesellschaft können wir uns letztlich nicht versichern“.

Über weite Strecken sind es Gedankenblasen - lächerlich und peinlich zugleich. Doch dann folgt der unverstellte, blanke Zynismus. Originalton Kohl: „Wer einen Ausbildungsplatz ernsthaft anstrebt, wird ihn finden.“ - Ende Mai 1986 waren genau 262.000 Jungen und Mädchen ohne Ausbildungsplatz. Verstehen wir die Worte unseres Bundeskanzlers richtig, so ist das ein Viertel Million arbeitsscheues Gesindel.

Aber man täusche sich nicht. Der Bundeskanzler hat uns nicht ein weiteres Mal die Begrenztheit seines Denkens vorführen wollen. Ihm geht es um die ideologische Vorbereitung der politischen Schritte ab 1987.

(-/2.7.1986/vo-he/rs)

* * *

Erster Schritt zum Ausstieg

Plädoyer für eine Zone gemeinsamer nuklearer Sicherheit in Europa

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Die Bereisung bundesdeutscher Nuklear-Standorte und die Gespräche mit betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitgebern haben den SPD-Europaabgeordneten die Gewißheit gegeben, daß der Ausstieg aus der Atomindustrie möglich sein wird. Es bedarf dazu allerdings eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses und europäischer Zusammenarbeit. Internationale Energie-Kooperation darf nicht zum Vorwand dazu mißbraucht werden, den Ausstieg aus der - wie wir seit Tschernobyl nun buchstäblich tödsicher wissen - größten technologischen Fehlentscheidung dieses Jahrhundert vornehmen. Zusammenarbeit der europäischen Staaten ist vielmehr die Voraussetzung für zunächst mehr Sicherheit der Anlagen und Versorgung und dann für den Ausstieg aus der Kernkraft, den Umstieg auf andere Energiearten.

Einzelne EG-Staaten können und müssen in diesen Prozeß, der auch die Entwicklung neuer Verfahren und Organisationsformen bedeuten wird, eine Vorreiterrolle übernehmen. Dazu muß auch die mittelfristige Energieplanung der Europäischen Gemeinschaft, die demnächst fortgeschrieben wird, einer Revision unterzogen werden, die anstelle der Kernkraft der Kohle und später anderen Energieformen den Vorzug vor der Kernenergie gibt.

Der erste Schritt zum Ausstieg muß die Schaffung einer Zone gemeinsamer nuklearer Sicherheit in Europa sein. Tschernobyl müßte eigentlich auch dem größten Kernkraft-Bejubler ins Bewußtsein gehoben haben, daß der Eiserner Vorhang kein Strahlenfilter ist; ebenso wenig sind es die Binnen Grenzen der Europäischen Gemeinschaft. Bevor der Kanzler und seine Anhänger mit spitzen Fingern auf die unbefriedigende Sicherheits-Situation jenseits der Blockgrenzen verweisen, sollten sie lieber an die eigene Birne greifen. Dann würden sie der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß die EG bislang - auch weil es der Bundesregierung an der notwendigen Einsicht mangelte - weder eine Richtlinie für die Zusammenarbeit beim Bau von grenznahen Kernkraftwerken erlassen noch genügend Geld für das zur Sicherheitsprüfung der Nuklearanlagen notwendige Personal aufbringen konnte.

Es kommt also darauf an, daß zunächst die Sicherheitsstandards des Euratom-Vertrages aus dem Jahre 1957 voll zur Anwendung gebracht werden. In vielen Bereichen müssen sie überhaupt erst entwickelt oder auf ein gleich hohes Niveau gebracht werden. Dazu sind meines Erachtens im Artikel 1 des Euratom-Vertrages nach dreißigjähriger Laufzeit die Ziele im Hinblick auf die Erhöhung der Sicherheit und Öffnung der Ausstiegsberechtigung - weg von der Verpflichtung, die friedliche Nutzung der Atomkraft voranzutreiben - neu zu formulieren.

Auf der Basis der höchsten Sicherheitsstandards müssen dann die europäischen Nuklearanlagen nachgerüstet werden, ehe sie endgültig abgeschaltet werden können, weil verlässlicher Ersatz geschaffen worden ist. Wo Nachrüstung aus ökonomischen, technischen oder anderen Gründen nicht möglich ist, muß sofort abgeschaltet werden. Im übrigen bin ich überzeugt, daß auch die anderen europäischen Staaten sich einem solchen realistischen Ausstiegsplan nicht verschließen werden. Die Kernkraft-Anlagen-Industrie, die künftig nach unserer Meinung keine neuen Werke bauen soll, sollte sich auf eine Verbesserung der Sicherheitstechnologie konzentrieren und Anlagen für die Gewinnung anderer Energiearten konzipieren, entwickeln und auf dem Markt einführen. Dies gilt auch und insbesondere für den Handel mit Drittländern.

Wichtig ist uns im Zusammenleben der Europäischen Völker auch die Entwicklung eines europäischen Nachbarschaftsrechts in Verbindung mit einer Europäischen Umweltverträglichkeitsprüfung. Es ist ein Unding, daß jeder Bürger beim Bau einer Garage darauf achten muß, daß die Belange des Nachbarn nicht beeinträchtigt, während hingegen beispielsweise Kernanlagen in Wackersdorf und Gattenom ohne rechtzeitige und umfassende Konsultation der durch „normale“ Abstrahlung und erst recht im Katastrophenfall betroffenen Nachbarstaaten errichtet werden.



Selbstverständlich gehört zu dem europäischen Nachbarschaftsrecht für uns auch das Recht jedes Europäers, sich an jedem Platz in Europa friedlich an Demonstrationen zu beteiligen. Eine entsprechende Initiative wird die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament einbringen.

Ich bin überzeugt, daß es zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis kommen wird, um nach der bisher für unmöglich gehaltenen Katastrophe von Tschernobyl auch den bisher für nicht realisierbar hingestellten Ausstieg aus der Kernkraft zu verwirklichen. An dieser gewaltigen Anstrengung werden sich vor allem auch die Atom-Physiker, Ingenieure und Techniker ebenso wie die Kernkraftbetreiber beteiligen müssen - von denen wir im übrigen erwarten, daß sie den Umstieg nicht so verstehen, daß sie künftig statt deutsche Nuklearenergie zu produzieren, beispielsweise französische Kernkraft kaufen. Das würde ihrer eigenen Glaubwürdigkeit und ihrem Ansehen in der gegen die Atomidee aufgebrachte Bevölkerung schaden.

In unseren Gesprächen in Stuttgart, Wackersdorf und im Ruhrgebiet haben wir nicht nur bei beunruhigten Bürgern, sondern auch bei den Beschäftigten und Kraftwerksbetreibern ernsthafte und nachdenkliche Partner gefunden. Die Euphorie ist der Bereitschaft gewichen, neue Wege der Energiegewinnung zu suchen und erfolgreich zu beschreiten. Wir wissen jetzt, daß Anlagen wie die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und andere Experimente weder notwendig noch durchsetzbar sind. Unsere Anstrengung muß im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zunächst darauf zielen, der Kohle den Markt zu sichern. Von dort aus wird es uns gelingen, ökonomisch vertretbare und ökologisch verträgliche neue Energiegewinnungsformen zu entwickeln. (-/2.7.1986/vo-he/rs)

* * *

Portugals Sozialisten organisieren sich neu

Der Parteitag der PS hat Voraussetzungen für ein Wiedererstarken geschaffen

Von Klaus Wettig MdEP

Glückspilze sind sie schon: die portugiesischen Sozialisten.

Als am 25. April 1974 durch die Revolte der Hauptleute die Revolution der Nelken begann, hatte wenige Jahre zuvor der junge Oppositionsanwalt Mario Soares begonnen, sozialistische Grüppchen und Einzelkämpfer in Portugal und im Exil zu sammeln, um sie zu einer gemeinsamen Partei zusammenzuschließen. Die neue Sozialistische Partei Portugals, die nun offen in Portugal auftreten konnte, leitete er seit ihrer Gründung im November 1973 als Generalsekretär.

Für den Aufbau der Demokratie war es ein Glücksfall, daß ihr erster Generalsekretär in den schwierigen ersten zwei Jahren des Weges zur Demokratie unbeirrbar am demokratischen Weg, an freien Wahlen festhielt und sich gegenüber Pressuren und Einschüchterungen der Militärs und der Kommunisten nicht beugte. Zwei Wahlen bestanden die Sozialisten als mit Abstand stärkste Partei, und sie hatten diese Erfolge wesentlich ihrem Generalsekretär zu verdanken. Mario Soares verstand es, das aus diesen Wahlsiegen gewonnene Gewicht in den innenpolitischen Wirren einzusetzen. Wenn es sein mußte, mit massenhaften Demonstrationen gegen putschistische Taktiken einiger Militärs und der Kommunisten.

Den Sozialisten half in diesen Monaten auch, daß ihr international angesehener Generalsekretär stets das Engagement des demokratischen Europa für einen freiheitlichen Weg in Portugal zu mobilisieren wußte.

Es war selbstverständlich, daß die Sozialisten 1976 mit Mario Soares den ersten aus Wahlen hervorgegangenen Ministerpräsidenten stellten. Die Sozialisten haben in den ersten beiden Regierungen Soares die Grundlagen für die Institutionen des neuen demokratischen Portugal gelegt, und das hieß vor allem auch als Partei für politischen Wettbewerb sorgen. Die wichtigste Entscheidung dieser Regierungszeit war sicher die bewußte Orientierung zum demokratischen Europa, die mit dem Beitrittsantrag zur Europäischen Gemeinschaft unterstrichen wurde. In seiner letzten Regierungszeit hat Mario Soares die Verhandlungen mit der EG dann abschließen können.

Dieser beachtliche Erfolg hätte die Krönung seiner Regierungstätigkeit sein können und ihm die problemlose Wahl zum portugiesischen Staatspräsidenten ermöglichen sollen. Am Ende der Ära Soares stand aber die schwere Niederlage am 6. Oktober 1985, die die Sozialisten zu einer 20-Prozent-Partei degradierte. Seitdem wird Portugal von einer konservativ-liberalen Regierung regiert. Mit äußerster Anstrengung gelang es einer für den zweiten Wahlgang geeinten Linken, Mario Soares als Staatspräsidenten gegen den Rechtskandidaten Freitas do Ameal durchzusetzen.

Der Rückzug des über viele Jahre überragenden Generalsekretärs Mario Soares aus der Politik seiner Partei offenbarte nun die Schattenseiten seines Wirkens. Ein sehr persönliches Regiment hatte Begabungen nur unzureichend entwickeln lassen, die Struktur der Partei war allzu sehr auf den Generalsekretär zugeschnitten, aber nicht auf die Erfordernisse einer demokratischen Massenpartei. Überzentralisierung und mangelhafte Mitwirkung der Grundorganisation an der Politik der Parteiführung und der Parlamentsfraktion hießen die Vorwürfe.



Nach einem mühevollen innerparteilichen Wahlkampf wurde auf dem vergangenen Parteitag der portugiesischen Sozialisten eine neue Führungsgruppe gewählt, die eine wiedererstarkende Sozialistische Partei organisieren könnte. Seit dem 29. Juni hat die Partei mit Vitor Constancio einen neuen Generalsekretär, den ein politisches Sekretariat abstützt, in dem die wichtigsten Tendenzen der Partei vereinigt sind. Die meisten seiner Mitglieder waren in den letzten Jahren in Opposition zu Mario Soares geraten, doch finden sich auch Repräsentanten des historischen, früher mit Mario Soares verbundenen Flügels. Das einigende Band dieser Gruppe ist nicht die gemeinsame Opposition zu Personen und Entscheidungen, sondern der Wille, eine dynamische, wieder regierungsfähige PS zu organisieren. Helfen könnte dabei auch, daß dem Sekretariat Vertreter der Gewerkschaft angehören. Für die Arbeitnehmerbindung der PS kein unwichtiger Punkt. Das Ergebnis der Personalwahlen, die Vitor Constancio mit seiner Liste zu 76 Prozent gewann, führte zum Abschied vieler Soares-Anhänger aus den Führungsgremien der Partei. Doch blieb bemerkenswert, daß die Aufforderung zur Mitarbeit sofort vom neuen Generalsekretär ausging und von der Minorität konstruktiv beantwortet wurde.

Die Personalentscheidungen wurden ergänzt durch die Korrekturen am Parteistatut und ein neues Parteiprogramm. Beides wird die PS demokratischer, wählerwirksamer machen. Alle Entscheidungen zusammen lassen einen Vergleich mit der SPD-Parteigeschichte zu: Der 6. Kongreß der PS könnte zu einem Stuttgarter und Godesberger Parteitag in einem werden.

Mit Vitor Constancio besitzt die PS einen neuen Generalsekretär, der wie sein Kontrahent Ministerpräsident Cavaco Silva, seine politische Laufbahn erst nach der Revolution begonnen hat. Wie Silva kann er auf eine solide ökonomische Ausbildung und umfangreiche Erfahrungen in Spitzenpositionen verweisen. Seine letzte Position als Gouverneur der Staatsbank ist allein schon wirtschaftspolitischer Befähigungsnachweis genug. Zu seinen wichtigsten Erfahrungen gehört sicher sein Engagement bei den Beitrittsverhandlungen zur EG. Da im nachrevolutionären Portugal wirtschaftspolitische Kompetenz wie in anderen Demokratien über Gewinn und Verlust von Wahlen entscheidet, dürfte mit Vitor Constancio die PS einen neuen Generalsekretär gewählt haben, der bei den nächsten Parlamentswahlen die PS zu alter Stärke zurückführen kann. Cavaco Silva und die PSF muß die PS mit Vitor Constancio wieder ernst nehmen. (-/2.7.1986/vo-he/rs)

* * *



Versorgung nicht schmälern

Paragraph 55 Beamtenversorgungsgesetz bedarf der Korrektur

Von Hans Gottfried Bernrath MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Im Zuge der Sparpolitik wurde Paragraph 55 Beamtenversorgungsgesetz durch das zweite Haushaltsstrukturgesetz ausgeweitet und zwischenzeitlich zweimal korrigiert, ohne daß die beabsichtigte Abmilderung von Härtefällen hinreichend erzielt wurde. Betroffen von dieser Vorschrift sind etwa 500.000 Versorgungsempfänger.

Vor der Wahl in Niedersachsen hat die CDU/CSU konkret - unter Hinweis auf einen angeblichen Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - angekündigt, daß Paragraph 55 Beamtenversorgungsgesetz, der beim Zusammentreffen von Renten und Pensionen die „Höchstgrenze“ der Versorgung regelt, ein weiteres Mal geändert werden soll. Entsprechend äußerte sich die FDP.

Die SPD-Bundestagsfraktion nahm diese Ankündigungen der CDU/CSU und FDP jetzt zum Anlaß, beim Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1986 im Innenausschuß erneut vorzuschlagen, und zu beantragen, eine weitergehende Härteregelung in Kraft zu setzen: Wir wollten mit unserem Antrag erreichen, daß die von Paragraph 55 Beamtenversorgungsgesetz betroffenen Versorgungsempfänger, denen für die Kürzung ein Ausgleich gezahlt wird, die diesjährige Versorgungserhöhung von 3,5 Prozent ungeschmälert (das heißt ohne Abschmelzung des Ausgleichs) erhalten. Dieser Antrag wurde von der Koalitionsmehrheit jedoch abgelehnt. Statt dessen wurde abermals die Vorlage eines Berichts der Bundesregierung verlangt und eine Entscheidung auf den Herbst vertagt.

Die betroffenen Versorgungsempfänger werden sich über dieses Verhalten der CDU/CSU und FDP vor und nach der Wahl ihre eigenen Gedanken machen, so daß ich mir eine Kommentierung erspare. Nur so viel sei angemerkt: Nach meiner Auffassung steht hier die Glaubwürdigkeit nicht nur einer Partei auf dem Spiel.

Die SPD bleibt dabei: Die beiden Härteregelungen zu Paragraph 55 Beamtenversorgungsgesetz, die inzwischen in Kraft getreten sind, reichen nicht aus. Wir haben daher in den parlamentarischen Beratungen weitergehende gezielte Härteregelungen vorgeschlagen und im Innenausschuß beantragt, die sogenannte Abschmelzung des Ausgleichs auszusetzen. Wir sind selbstverständlich auch für andere Vorschläge offen und hoffen, daß es möglich sein wird, im Herbst dieses Jahres über die Parteigrenzen hinweg zu einer befriedigenden Regelung zu kommen.

Entgegen manchen Äußerungen aus den Reihen der Koalitionsparteien stelle ich ausdrücklich fest, daß die Ausdehnung des Paragraphen 55 Beamtenversorgungsgesetz durch das zweite Haushaltsstrukturgesetz von allen Parteien zu verantworten ist. Ohne Zustimmung der CDU/CSU wäre dieses Gesetz niemals zustande gekommen. Alle Parteien sind nunmehr gefordert, einen sachgerechten Ausgleich für die zweifellos immer noch vorhandenen Härten dieser Vorschrift herbeizuführen.

(-/2.7.1986/vo-he/rs)

* * *

Bundesbahn soll Mondscheintarif einführen

Viele würden ihr Auto abends stehen lassen und mit dem Zug fahren

Von Robert Antretter MdB

Daß der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mehr Fahrgäste und damit mehr Einnahmen braucht, wenn er auf Dauer Bestand haben soll, darüber sind sich alle - Politiker, ÖPNV-Kunden und Verkehrsbetriebe - einig. Ein besonderes Problem ist dabei die Auslastung der Kapazitäten. Während der Zeiten des Berufs- und Schülerverkehrs sind Bahnen und Busse häufig über die zur Verfügung stehenden Sitzplätze hinaus voll. In den Abendstunden wird dagegen manche Verbindung kaum angenommen.

Angebotsausdünnungen sind jedoch der falsche Weg. Dadurch lassen sich kaum Kosten ersparen: Denn teuer ist nicht der gefahrene Kilometer, sondern das vorgehaltene Fahrzeug. Hinzu kommt, daß die Abendfahrten für ein rundes Gesamtangebot benötigt werden.

Es gibt also gar keine Alternative dazu, neue Kunden zu gewinnen. Und so schlecht sind die Karten dafür gar nicht. Durch sehr niedrige Preise ließe sich so mancher Kino-, Theater- und Konzertbesucher, so mancher, der in der nächsten Stadt noch ein Glas Wein trinken oder zu einem Vortrag gehen will, vom Auto auf Bus und Zug locken.

Ich schlage deshalb vor, daß die Bundesbahn in allen dafür in Frage kommenden Verbindungen einen um rund zwei Drittel verbilligten Mondscheintarif einführt. Dies sowohl im Nahbereich als auch im Regionalbereich.

Wenn zum Beispiel die Rückfahrkarte auf den 62 Kilometern von Hamburg nach Lübeck nach 18.00 Uhr statt DM 26 nur noch DM 10,00 kostet, dann dürfte die Erwartung erlaubt sein, daß so mancher sein Auto stehen läßt. Statt DM 10,40 auf den 27 Kilometern zwischen Saarbrücken und Dillingen nur DM 3,00 und die Geisterzüge erwachen aus ihrem Dornröschenschlaf.

(-/1.7.1986/vo-he/rs)

* * *

